

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 26.05.2011	Beginn 17:05 Uhr	Ende 22:15 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten	
Lotz, Katharina	
Oehl, Heinz	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Schwabe, Bernd Ulrich	bis 22:13 Uhr - TOP B 3
Tempel, Gabriele	
Werner, Gudrun	
Flüshöh, Oliver	
Grothoff-Blum, Christian	
Grüntker, Hermann	
Hens, Bernd	
Kampschulte, Matthias	ab 17:12 Uhr - TOP A 2
Nockemann, Frank	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	
Steuernagel, Rolf	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Dilly, Mike	
Poschmann, Jan	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Rindermann, Horst	
Weidenfeld, Uwe	ab 17:07 Uhr - vor Tagesordnung
Garn, Elke	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	bis 22:05 Uhr - TOP A 16 / 16.1
Lubitz, Eleonore	bis 22:05 Uhr - TOP A 16 / 16.1
Bockelmann, Christian Dr.	
Siepmann, Ernst Walter	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

stellv. Vorsitzende

Ferrara, Santo	
Hortolani, Frauke Dr.	
Sartor, Christiane	

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne	
Guthier, Wilfried	
Kaltenbach, Rosemarie	
Kuss, Jürgen	
Lethmate, Egbert	
Menke, Olaf	
Mollenkott, Marion	
Schweinsberg, Ralf	
Striebeck, Thomas	
Weidner, Gabriele	

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Heinemann, Manfred

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Anschließend verweist er auf nachstehende Änderungen in der Tagesordnung:

HINZUKOMMENDE TOPE

neu A 7 - VL 115/2011

Entsendung von Vertretern der Stadt für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd

neu A 10.1 – VL 104/2011/1

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B'90/Die Grünen vom 22.05.2011 "Energiewende jetzt"

neu A 11.1 – VL 101/2011/1

Antrag der SPD vom 16.05.2011 - "Optimierung der Eigenreinigung"

neu A 11.2 – VL 101/2011/2

Gemeinsamer Antrag der BfS, CDU, FDP und SWG vom 25.05.2011 - "Antrag zum Umgang mit der Reinigung"

neu A 13.1 – VL 248/2010/1

Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 „Konzept zur Haushaltskonsolidierung – Stellungnahme der Verwaltung“

neu A 13.2 – VL 248/2010/2

Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 „Konzept zur Haushaltskonsolidierung – Stellungnahme der Verwaltung“

neu A 14.1 - VL 081/2011/1

Beratung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 einschließlich Änderungslisten

neu A 15 - VL 083/2011/1

Beratung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 einschließlich Änderungslisten

neu A 16.1 - VL 084/2011/1

2. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011



O.g. Vorlagen liegen auf den Tischen aus ! Vorlage 248/2010/1 lag der Einladung zum HA / FA 19.05.2011 bei bzw. wurde zugeschickt. Vorlage 083/2011/1 lag zum HA / FA 19.05.2011 auf den Tischen aus bzw. wurde zugeschickt.

VERSCHOBENER TOP

alt A 13 wird neu A 12 - VL 103/2011

Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 06.06.2011
--

➔ **Die Vorlage 103/2011 wird vor die Beratungen zum Etat 2010/2011 gestellt um diese komplett als Block entsprechend des Ablaufplans behandeln zu können !!!**

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass eine geänderte Tagesordnung auf den Tischen ausliege und fragt, ob Einwände gegen die Erweiterung bzw. Änderung der Tagesordnung bestehen.

Nachdem keine Einwände erkennbar sind, ruft er zur Abstimmung über die vorgeschlagene Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

A Öffentliche Tagesordnung

1	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 31.03.2011	
2	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
3	Mitteilungen des Bürgermeisters	
4	Ausschussumbesetzungen	089/2011
5	Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses	
5.1	Bestellung neuer stimmberechtigter Mitglieder	091/2011
5.2	Bestellung neuer beratender Mitglieder	092/2011
6	Berufung ausländischer Mitbürger/innen als sachkundige Einwohner/innen in städtischen Ausschüssen	100/2011
7	Entsendung von Vertretern der Stadt für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd	115/2011
8	1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung	090/2011
9	Änderung der Zuständigkeitsordnung	097/2011

10	Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2011 "Ausstieg aus der Atomenergienutzung - Erneuerbare Energien fördern und ausbauen"	104/2011
10.1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B'90/Die Grünen vom 22.05.2011 "Energiewende jetzt"	104/2011/1
11	Antrag der CDU, FDP, BfS und SWG vom 23.03.2011 - "Umstieg von Eigenreinigung auf Fremdreinigung"	101/2011
11.1	Antrag der SPD vom 16.05.2011 - "Optimierung der Eigenreinigung"	101/2011/1
11.2	Gemeinsamer Antrag der BfS, CDU, FDP und SWG vom 25.05.2011 - "Antrag zum Umgang mit der Reinigung"	101/2011/2
12	Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 06.06.2011	103/2011
13	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung"	248/2010
13.1	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung" -Stellungnahme der Verwaltung	248/2010/1
13.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung" -Stellungnahme der Verwaltung	248/2010/2
14	Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2011 veranschlagten Investitionen (aktualisierte Fassung der Prioritätenliste 2011)	081/2011
14.1	Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2011 veranschlagten Investitionen (aktualisierte Fassung der Prioritätenliste 2011)	081/2011/1
15	Beratung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 einschließlich Änderungslisten	083/2011/1
16	2. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	084/2011

16.1	2. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	084/2011/1
17	Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen "K II"	102/2011
18	Fragen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 31.03.2011	
----------	---	--

Herr Stobbe weist darauf hin, dass den Papieraufbereitungen der Niederschrift die Anlagen nicht beigelegt waren und diese nun bei den Ratsmitgliedern, die die Sitzungsunterlagen in Papierform erhalten, auf den Tischen ausliegen.

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

2	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
----------	---	--

Herr Peschel – Leiter der Katholischen Grundschule Schwelm – bittet um Stellungnahme zum beantragten Umbau der Schule. Er habe den Umbau ausschließlich im Sinne der Kinder beantragt und nicht, wie ihm unterstellt werde, aus persönlicher Motivation.

Er fragt, wieso die Diskussion über den Umbauantrag der Katholischen Grundschule derartige Ausmaße annehme und ob dies auch in anderen Fällen bereits vorgekommen sei. Des Weiteren erkundigt er sich, wieso sich die Schulpflegschaft einer anderen Schule in die Belange einmische. Er wolle keiner anderen Schule etwas wegnehmen.

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass diese Diskussion bereits in unterschiedlicher Form in unterschiedlichen Ausschüssen geführt worden sei.

Frau Gießwein erläutert den üblichen Ablauf bei Anträgen von Schulen.

Herr Peschel spricht die Wahrung des Schulfriedens an.

Herr Stobbe versichert ihm, dass jeder im Rat das Interesse habe, den Schulfrieden zu wahren. Das Ganze müsse ggf. im Schulausschuss noch einmal thematisiert und der Umgang miteinander überlegt werden.

Herr Stobbe räumt ein, dass er nicht sagen könne, wie das Ganze zu Stande gekommen sei. Es gebe gewisse Absprachen zwischen den Schulen, aber die Angelegenheit werde durchaus auch öffentlich diskutiert.

Herrn Weidenfeld betont, dass keine Schule Angst haben müsse, übergangen zu werden. Die Bedarfe aller Schulen sollen nochmals festgestellt werden.

Herr Fischer, Mitglied der Schulpflegschaft, spricht hinsichtlich des Problems des nur 43 qm großen Klassenraums den zeitlichen Ablauf an. 2008 habe die Schule der Verwaltung das Problem geschildert und 2011 von dieser eine Ablehnung erhalten.

Herr Schweinsberg korrigiert Herrn Fischer. Die Verwaltung habe den Antrag nicht „abgelehnt“. Er habe in Absprache mit dem Immobilienmanagement feststellen müssen, dass die Maßnahme bautechnisch ohne Auswirkung auf den Unterrichtsbetrieb in 2011 nicht umsetzbar sei und dazu auch zunächst die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg eingeholt werden müsse. Diese Mitteilung könne nicht als „Ablehnung“ der Verwaltung gewertet werden.

Herr Jens Ziegler vom Förderverein der Katholischen Grundschule Schwelm spricht die Grundsatzdiskussion im Schulausschuss an, ob die Katholische Grundschule überhaupt weiter bestehen soll. Er hinterfragt, ob zu den anderen Grundschulen auch derartig umfangreiche Diskussionen geführt werden.

Herr Philipp weist darauf hin, dass zwischen „Schule“ und „Schulgebäude“ unterschieden werden müsse. Nach den Feststellungen aus bisherigen Begehungen von Schulen sei fraglich, ob es überhaupt machbar sei, alle Schulen auf einen wünschenswerten Standard zu bringen.

Frau Anne Schön – Mitglied der Schulpflegschaft – kritisiert, dass die angebotene „Manpower“ und das Sponsoring abgebügelt worden seien.

Herr Stobbe fragt Frau Schill, woher sie das nehme. Er könne sich hierzu an eine Sitzung erinnern, in der dies mit Hinweis auf die Gewährleistungspflicht bei Folgeschäden diskutiert worden sei. Es handle sich hierbei neben dem finanziellen Problem um eines versicherungstechnischer Art.

Herr Schwunk erkundigt sich, in welcher Höhe sich die Eltern bzw. der Förderverein eine Eigenleistung vorstellen könnten.

Herr Peschel kann hierzu keine konkrete Summe nennen. Er erklärt, dass die Eltern so viel wie möglich aufbringen würden.

Die stellvertretende Schulpflegschaftsvorsitzende bezieht sich auf die über 800 Unterschriften, die dem Bürgermeister vorgelegt worden seien und fragt, wie viele Unterschriften nötig wären, dass der Bürgerwille relevant werde.

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass er die Politik über den Eingang der über 800 Unterschriften letzte Woche in der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und des Finanzausschusses informiert habe. Die Politiker haben davon Kenntnis genommen. Inwieweit ihre Entscheidung davon beeinflusst werde, könne er nicht beurteilen.

Frau Grote wendet sich an den Bürgermeister mit der Aussage, dass er von der Bürgerschaft gewählt worden sei.

Herr Stobbe erläutert ihr, dass der Umbau der Schule eine Entscheidung des gesamten Rates sei, in dem auch er eine Stimme habe und nutzen werden. Es gebe aber immer verschiedene Interessenlagen, in denen er insgesamt abwägen müsse und egal wie seine Entscheidung ausfalle, immer einer da sei, der das Gefühl habe, nicht von ihm vertreten worden zu sein.

Herr Kranz führt das demokratische Mittel des Bürgerbegehrens an, von dem Herr Stobbe bezweifelt, dass dies im vorliegenden Fall ein sinnvolles Mittel darstelle.

Frau Kämper – Schulpflegschaftsvorsitzende – äußert Unverständnis, wie in dem besagten 43 qm großen Raum 21 Kinder samt Lehrer Unterricht abhalten sollen.

Bürgermeister Stobbe merkt an, dass man nun bereits in eine Diskussion mit tieferem Hintergrund gerate. Er betont, dass alle die Ernsthaftigkeit des Themas erkannt haben.

Die nachfolgende Frage eines Schulpflegschaftsmitgliedes, ob es in anderen Schulen vergleichbare Räume gebe, bejaht Herr Stobbe.

Auf die Frage der Frau Hallmann, ebenfalls Schulpflegschaftsmitglied, warum der Umbau eine derartige Diskussion aufwerfe, obwohl das Gebäude aus allen Nähten platze, antwortet Herr Philipp, dass dies u.a. mit dem Schulentwicklungsplan zusammen hänge und er es begrüßen würde, zu den einzelnen Schulkonferenzen der Schulen eingeladen zu werden, um u.a. die zu Grunde liegenden komplizierten Zusammenhänge erläutern zu können.

Herr Schweinsberg führt zum Thema abschließend aus, dass er sich für den Fall, dass die Politik am heutigen Tage den Umbau beschließen sollte, im Sommer mit der Bezirksregierung Arnsberg ins Benehmen setzen werde und der Umbau bei entsprechender Genehmigung im laufenden Schulbetrieb erfolgen müsse. Die Verwaltung würde daher favorisieren, die Mittel dann für 2012 in den Haushalt einzustellen, um die Maßnahme vorbereiten und den Umbau in den Sommerferien 2012 vornehmen zu können.

3	Mitteilungen des Bürgermeisters	
----------	--	--

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass am Morgen die Steuerungsgruppe Jobcenter zu dem Thema „Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)“ getagt habe. Frau Pott habe die Leitung der Steuerungsgruppe an Stelle des verstorbenen Herrn Dr. Brückner übernommen. Die Umwandlung des jetzigen Jobcenters zur AöR Jobcenter sei zum 01.01.2012 möglich. Die bedeute ein enges Zeitraaster, dem der Kreistag im Juni zustimmen soll.

Herr Flüshöh erkundigt sich, wer bei der Gestaltung der AöR beteiligt sei, da es interessant wäre, im Vorfeld darüber zu reden und das Ergebnis in den Kreistag zu bringen.

Herr Stobbe kündigt hierzu Erläuterungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung an.

Herr Gießwein hält es in Bezug auf den gehetzten Zeitplan eher für sinnvoll, die Thematik im Vorfeld lieber fundiert und ordentlich zu klären. Er führt die Stadt Witten an, die ebenfalls Probleme mit dem engen Zeitfenster hat. Der ursprüngliche Zeitplan habe vorgesehen, dass sich die Politik schon vor einiger Zeit mit dem Thema hätte beschäftigen können. Die Verschiebung im Zeitplan habe der Kreis und nicht die Kommunen zu vertreten.

Der Bürgermeister verweist hierzu auf die mit der Umwandlung u.a. verbundenen Personal- und Sachkosten, die für die Haushaltsdiskussion wichtig seien. In der Runde der Hauptverwaltungsbeamten sei man zudem an einer zügigen Lösung der problematischen Zustände in den Regionalstellen interessiert.

Herr Schweinsberg teilt mit, dass man in der Steuerungsgruppe ebenfalls die Meinung vertrete, dass, wenn wesentliche Kernpunkte in den Kommunen nicht geklärt werden konnten, man nicht sklavisch am festgesetzten Termin festhalte.

Als nächstes informiert Herr Stobbe über die gestrige Informationsveranstaltung „Vergünstigungspartner Ehrenamtskarte“.

Noch zu klärende Fragen sollen von den Vertretern der Verbände / Organisationen bis Mitte Juni vorgetragen werden, da der Start für die Ausgabe der Ehrenamtskarten zum 01.07.2011 vorgesehen sei.

Herr Flüshöh erkundigt sich nach den vorgegebenen Rahmenbedingungen und inwieweit diese variabel seien.

Herr Stobbe verweist auf die in der Hauptausschusssitzung vom 24.03.2011 zur Ehrenamtskarte vorgetragenen Präsentation, in der die Rahmenbedingungen vorgestellt worden sei.

In der Informationsveranstaltung wurde ebenfalls – wie in der Politik bereits diskutiert worden war – die Durchführung einer Jahresveranstaltung für die ehrenamtlich Tätigen und die Vergünstigungspartner angeregt.

4	Ausschussumbesetzungen	089/2011
----------	-------------------------------	-----------------

Herr Stobbe verweist auf einen Fehler in der Anlage zur Vorlage 089/2011. Beim Liegenschaftsausschuss soll Frau Heumann-Wasserkamp als sachkundige Bürgerin ordentliches Mitglied bleiben und nicht als 2. Stellvertretung der FDP fungieren.

Eine Nachfrage des Herrn Kranz, ob das Verhältnis der Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger gewährt bleibt, wird vom Bürgermeister bejaht.

Herr Stobbe ruft zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der von ihm bekannt gegebenen Änderung auf.

Geänderter Beschluss:

Die in Anlage 1 zur Vorlage 089/2011 vorgeschlagenen Änderungen in den Ausschussbesetzungen *unter Berücksichtigung der Änderung beim Liegenschaftsausschuss (Frau Heumann-Wasserkamp wird **ordentliches Mitglied** und nicht 2. Stellvertretung)*, sowie die Änderung der Besetzung des Verwaltungsrates der Technischen Betriebe Schwelm werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

5	Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses	
----------	---	--

5.1	Bestellung neuer stimmberechtigter Mitglieder	091/2011
------------	--	-----------------

Beschluss:

Als **stimmberechtigte** Mitglieder für den JHA sollen für die Caritas als Stellvertreter für Herrn Richard Blanke Herrn Ralf Althoetmar und für die AWO als Stellvertreterin für Frau Rosemarie Kick Frau Lydia Kreilaus vom Rat der Stadt Schwelm gewählt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

5.2	Bestellung neuer beratender Mitglieder	092/2011
------------	---	-----------------

Als **beratendes** Mitglied für den JHA wird aus der Arbeitsverwaltung als ordentliche Vertreterin Frau Margit Wittpoth-Frank bestellt.

Kenntnis genommen !

6	Berufung ausländischer Mitbürger/innen als sachkundige Einwohner/innen in städtischen Ausschüssen	100/2011
----------	--	-----------------

Herr Stobbe weist darauf hin, dass der KAMS in seiner Sitzung am 17.05.2011 die in der Vorlage fehlenden Namen der ausländischen Mitbürger wie folgt benannt hat:

Kulturausschuss: - sachkundige Einwohnerin: **Frau Alicia Pawlak**
- Vertreterin: **Frau Kayi Schlücker**

Sportausschuss: - sachkundige Einwohnerin: **Frau Kayi Schlücker**
- Vertreterin: **Frau Alicia Pawlak**

Der Bürgermeister teilt, dass er davon ausgehe, dass es sich bei den vorgeschlagenen Personen um einen von allen Fraktionen des Rates gemachten einheitlichen Wahlvorschlag handle und keine weiteren Wahlvorschläge gemacht werden. Nachdem auf Nachfrage kein weiterer Wahlvorschlag unterbreitet wird, ruft er zur Abstimmung über den einheitlichen Wahlvorschlag auf.

Beschluss:

Die in der Vorlage aufgeführten ausländischen Mitbürger/innen werden als sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme in die genannten städtischen Ausschüsse berufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

7	Entsendung von Vertretern der Stadt für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd	115/2011
----------	---	-----------------

Bürgermeister Stobbe schildert kurz die Beweggründe, die zur kurzfristigen Erstellung der Vorlage geführt haben.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd zum Stellvertreter des Bürgermeisters Herr Ralf Schweinsberg benannt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

8	1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung	090/2011
----------	---	-----------------

Beschluss:

Die Änderung der Hauptsatzung in Form der als Anlage 1 zur Vorlage 090/2011 beigefügten 1. Änderungssatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

9	Änderung der Zuständigkeitsordnung	097/2011
----------	---	-----------------

Beschluss:

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung wird wie in Anlage 1 zur Vorlage 097/2011 aufgeführt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

10	Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2011 "Ausstieg aus der Atomenergienutzung - Erneuerbare Energien fördern und ausbauen"	104/2011
-----------	--	-----------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 10.1 !

10.1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B'90/Die Grünen vom 22.05.2011 "Energiewende jetzt"	104/2011/1
-------------	--	-------------------

Herr Feldmann erklärt, dass die Hintergründe für die Antragstellung der Fraktion DIE LINKE. allen hinreichend bekannt sein dürften und betont, dass die Fraktionsmitglieder entschiedene Gegner der Kernenergie seien. Sie möchten eine Energiewende und halten das jetzt für den richtigen Zeitpunkt. Bei der Bundesregierung müsse ein Umdenken stattfinden.

Herr Gießwein erklärt zu dem Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen, dass er die Einbringung an dieser Stelle für sinnvoll halte, da dieser Antrag weitergehender sei, als der der Fraktion DIE LINKE. und der Kreistag ihn bereits kenne. Im übrigen halte er den Antrag der Fraktion DIE LINKE. für rechtlich bedenklich.

Herr Flüshöh stimmt insofern zu, dass man sich mit diesem aktuellen Thema befassen müsse, würde aber gerne vor einer Beschlussfassung zunächst noch in eine Diskussion einsteigen, was man seines Erachtens auch auf Kreisebene erst tun sollte. Er habe den Antrag am Sonntag erhalten und die Angelegenheit sei ihm zu komplex, als dass er schon heute darüber beschließen könne. Er halte es für sinnvoller, ein Konzept zu erarbeiten und vorher z.B. Fragen zu erörtern, welche Konsequenzen der Atomausstieg für alle mit sich bringe.

Herr Schwunk führt zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. aus, dass er die Forderungen des Antrags in Teilen für rechtlich bedenklich und nicht durchführbar halte. Mit Bezug auf den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen erklärt er, dass dann auch über die Errichtung einer Biogasanlage entschieden werden müsse.

Herr Dr. Bockelmann teilt mit, dass die Fraktion BfS die Meinung der Fraktion B'90/Die Grünen teile. Eine Energiewende sei dringend nötig. Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. werden sie aus rechtlichen Gründen nicht zustimmen. Wenn allgemein jedoch noch Beratungsbedarf bestehe, würden sie aber einer Vertagung zustimmen. Seiner Auffassung nach sollte man als Kommune von unten deutlich Zeichen setzen und die Atompolitik nicht mehr fördern.

Herr Stobbe stellt fest, dass der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen der weitergehendere Antrag sei.

Herr Weidenfeld betont, dass in die Diskussion unbedingt auch das Thema der Netze und Vergabe der Konzessionen einfließen müsse.

Herr Gießwein erklärt, dass man sich gut abstimmen und mit breiter Mehrheit den Druck auf die AVU erhöhen sollte. Auf Nachfrage betont er, dass die Entscheidung heute fallen solle.

Herrn Kampschulte erläutert, warum er die Zuständigkeit für die Entscheidung auf Bundesebene sieht.

Herr Feldmann erklärt, dass er angesichts der zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse den Antrag der Fraktion DIE LINKE. zurück ziehe.

Herr Stobbe ruft somit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	22
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	14

11	Antrag der CDU, FDP, BfS und SWG vom 23.03.2011 - "Umstieg von Eigenreinigung auf Fremdreinigung"	101/2011
-----------	--	-----------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 11.2 !

11.1	Antrag der SPD vom 16.05.2011 - "Optimierung der Eigenreinigung"	101/2011/1
-------------	---	-------------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 11.2 !

11.2	Gemeinsamer Antrag der BfS, CDU, FDP und SWG vom 25.05.2011 - "Antrag zum Umgang mit der Reinigung"	101/2011/2
-------------	--	-------------------

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass der gemeinsame Antrag der CDU, FDP, SWG und BfS in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses am 19.05.2011 zurück gezogen worden sei und ein neuer gemeinsamer Antrag der vier Fraktionen (Vorlage 101/2011/2) vorliege. Ebenfalls stehe der Antrag der SPD vom 17.05.2011 (Vorlage 101/2011/1) zur Abstimmung.

Herr Schier begründet anschließend den SPD-Antrag getrennt nach seinen Unterpunkten. Zu Punkt vier des Antrags betont er, dass es für die SPD wichtig sei, grundsätzlich alle Arbeitsplätze zu erhalten, und zwar die aller Angestellten und Arbeiter der Stadt Schwelm und der TBS AöR.

Herr Flüshöh erläutert den gemeinsamen Antrag. Man stehe seit ca. 4 bis 6 Wochen in der Diskussion und die einzelnen Standpunkte seien nicht so weit auseinander. Heute stehe an, die Entscheidung darüber zu treffen, wie es weiter gehe. Auf Grund neuer Erkenntnisse wurde der ursprüngliche gemeinsame Antrag vom 23.03.2011 zurück gezogen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Wichtig sei, am Ende der sogenannten Testphase einen Vergleich zwischen optimierter Eigenreinigung und Fremdreinigung vornehmen zu können. Dazu müssen dann aber auch einige Gebäude fremd gereinigt werden und über das Märkische Gymnasium Schwelm hinaus zwei weitere Gebäude ausgesucht werden. Auch müsse der für einen Vergleich erforderliche Kriterienkatalog noch in den nächsten Wochen aufgestellt und die gesamte Angelegenheit von fachkundiger Stelle der Verwaltung gesteuert werden. Man habe den Zeitraum bis 2016 gewählt, um einen fairen Vergleich zu ermöglichen. So lange werden betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Der neue Antrag sei ein Kompromiss, der alle Möglichkeiten offen ließe und zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Vergleichbarkeit ermögliche.

Herr Schier bestreitet, dass eine Annäherung der beiden Anträge vorliege, da Kündigungen im neuen Antrag der vier Fraktionen lediglich bis 2016 ausgesetzt seien.

Frau Gießwein schildert aus ihrer langjährigen Ratsarbeit ihre Erfahrungen zum Thema Reinigung. Der Bereich habe sich wie alle anderen auch im Laufe der Jahrzehnte gewandelt. Es reiche aber nicht, die Abläufe zu ändern, sondern man müsse auch die Menschen mitnehmen. Ihre Fraktion wolle nicht in die Fremdreinigung einsteigen, wenn eine optimierte Eigenreinigung möglich sei. Daher unterstütze sie den Antrag der SPD.

Herr Schwunk erklärt, dass es für die FDP wichtig sei, dass die sozialen Belange der Mitarbeiter berücksichtigt werden und der notwendige Konsolidierungsauftrag erfüllt werde. Er sieht in dem Kompromissvorschlag eine gute Lösung.

Herr Feldmann begründet, warum die Fraktion DIE LINKE. den Antrag der SPD unterstütze.

Bürgermeister Stobbe erläutert, dass er aus seiner Zeit der Gewerkschaftstätigkeit vielen vorgetragenen Argumenten folgen könne, hier aber in der Rolle des Verwaltungschefs vor der Aufgabe stehe, den bestehenden Konsolidierungsauftrag bei der aufgeworfenen Frage der Reinigung zu lösen. Er gibt zu, dass die Verwaltung mit dem vorhandenen Gutachten und der noch immer offenen Fragen nicht glücklich sei. Aber er als Bürgermeister möchte gerne den Beweis antreten, die Eigenreinigung so darzustellen, dass sie den Vergleich mit der Fremdreinigung nicht scheuen muss. Hier gehe es um einen Kompromiss, ohne die Grundhaltung aufzugeben.

Als Verwaltungschef liege es nicht in seinem Interesse, betriebsbedingte Kündigungen aussprechen zu müssen.

Aus diesem Grund bittet er die Antragsteller den Punkt 8 des neuen Antrages so zu formulieren, dass deutlich werde, wie man mit dem vorhandenen Personal nach 2016 umgehen solle.

Es folgen weitere Wortbeiträge, in denen Fragen zu Kündigungen, Praktiken von Fremdreinigungsfirmen, tarifliche Vergütungen u.a. erörtert werden, bis Bürgermeister Stobbe eine Sitzungsunterbrechung beantragt.

Sitzungsunterbrechung von 19:50 – 19:57 Uhr

Nach Wiedereröffnung der Sitzung schlägt Herr Stobbe vor, in den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP, SWG und BfS einen Punkt 9

„Über den weiteren Fortgang ist dann weiter zu entscheiden.“

aufzunehmen.

Nachdem Zustimmung signalisiert wird, ruft er zunächst zur Abstimmung über den Antrag der SPD vom 16.05.2011 (Vorlage 101/2011/1) auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	1

- abgelehnt -

Anschließend fordert er zur Abstimmung über den um Punkt 9 ergänzten gemeinsamen Antrag der CDU, FDP, SWG und BfS vom 25.05.2011 auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	17
	Enthaltungen:	

- angenommen -

12	Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 06.06.2011	103/2011
-----------	--	-----------------

Herr Gießwein teilt im Hinblick auf die in der gemeinsamen Sitzung am 19.05.2011 geführte Erörterung mit, dass er hinsichtlich seines Vorschlags, die zu fordernde Dividende je Aktie auf 1,25 € festzusetzen, nicht von allen Fraktionen Rückmeldungen erhalten habe.

Die Fraktionen CDU und B'90/Die Grünen beantragen daher, den Wert auf 1,25 € zu ändern und den Beschluss entsprechend zu ergänzen.

Herr Schwunk begründet, warum die FDP die beabsichtigte Erhöhung ablehnen werde.

Herr Stobbe fordert zur Abstimmung über den entsprechend geänderten Beschlussvorschlag auf.

Geänderter Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Schwelm, Herr 1. Beigeordneter Ralf Schweinsberg, oder Vertreter wird ermächtigt, in der Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs – Unternehmen am 06.06.2011 den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen, *mit Ausnahme des unter Punkt 2 aufgeführten Beschlussvorschlags über die Gewinnverwendung. Anstelle des dort aufgeführten Wertes von 1,07 € je Aktie soll Herr Schweinsberg den Betrag von 1,25 € je Aktie fordern.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	

13	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung"	248/2010
-----------	---	-----------------

Siehe Ausführungen unter TOP A 13.2 !

13.1	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung" -Stellungnahme der Verwaltung	248/2010/1
-------------	---	-------------------

Siehe Ausführungen unter TOP A 13.2 !

13.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung" -Stellungnahme der Verwaltung	248/2010/2
-------------	---	-------------------

Herr Flühöh möchte seine Ausführungen aus der Sitzung des HA / FA vom 19.05.2011 nicht wiederholen und bezieht sich auf den Beschlussvorschlag aus Vorlage 248/2010/2.

Herr Schwunk erklärt, dass er den Beschlussvorschlag ablehnen werde und begründet seine Haltung. Der Ältestenrat sei seines Erachtens nicht das für derartige Entscheidungen geeignete Gremium. Haushaltsangelegenheiten seien seiner Auffassung nach nur in öffentlicher Diskussion zu erörtern.

Herr Schweinsberg erläutert, dass der Ältestenrat lediglich Vorschläge erarbeiten solle, die dem Rat bzw. den Ausschüssen dann zur Entscheidung vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm unterstreicht durch diesen Beschluss seine Bemühungen, die kommunale Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit zu erhalten. Zur Verstärkung seiner Konsolidierungsbemühungen und zur Sicherung des Eigenkapitals ist über die im Haushaltssicherungskonzept bereits beschriebenen weitere Maßnahmen zu beraten. Der Ältestenrat wird hierzu Vorschläge für den Rat erarbeiten.

Die Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept können zurzeit den Verbrauch des Eigenkapitals im Jahr 2013 nicht ausschließen. Weitere, wenn auch zeitlich begrenzte Maßnahmen sollen daher ergriffen werden, um die gänzliche Aufzehrung des Eigenkapitals zu verhindern.

Die Zusammenarbeit der Politik setzt gemeinsame Festlegungen voraus, die in der ersten Ältestenratssitzung zum Thema beraten und vereinbart werden müssen. Dabei wird das Verhalten der Fraktionen untereinander und die Verbindlichkeit von Absprachen festzuschreiben sein.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	2

14	Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2011 veranschlagten Investitionen (aktualisierte Fassung der Prioritätenliste 2011)	081/2011
-----------	---	-----------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 14.1 !

14.1	Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2011 veranschlagten Investitionen (aktualisierte Fassung der Prioritätenliste 2011)	081/2011/1
-------------	---	-------------------

Herr Schweinsberg informiert, dass die Ergänzungsvorlage 081/2011/1 die aktuelle Beschlusslage aus der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses vom 19.05.2011 beinhaltet.

Herr Gießwein erkundigt sich, ob es nicht sinnvoll sei, vor Beschlussfassung über die Prioritätenliste (Prio-Liste) über die FDP-Anträge zu beschließen.

Herr Schweinsberg erläutert, dass die Anträge der FDP die Prio-Liste nicht berühren, da sie nicht den investiven Bereich betreffen. Nur wenn der CDU-Antrag zur Katholischen Grundschule Südstraße Wirkung für 2011 erzeuge, sei eine Änderung der Prio-Liste erforderlich.

Herr Flüshöh erklärt sich mit einer Verschiebung der Maßnahme nach 2012 einverstanden, macht aber deutlich, dass diese dann schnellstmöglich umgesetzt werden solle.

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für 2011 vorgesehenen Investitionen gemäß Anlage 1 zu Sitzungsvorlage 081/2011/1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

15	Beratung des Entwurfs des 2. Nachtrags zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 einschließlich Änderungslisten	083/2011/1
-----------	--	-------------------

Kenntnisnahme festgestellt !

16	2. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	084/2011
-----------	--	-----------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 16.1 !

16.1	2. Nachtrag zur Haushaltssatzung, zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes und zum Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	084/2011/1
-------------	--	-------------------

Zu Punkt 3 des Antrags der CDU vom 03.05.2011 wiederholt Herr Flüshöh, dass der Umbau nicht in 2011 umgesetzt werden müsse, wenn dies keinen Sinne mache. Der Klassenraum von nur 43 qm sei in einem bemängelnswerten Zustand. Die CDU-Fraktion habe mit ihrem Antrag lediglich etwas aufgegriffen, was die Schule selbst schon längst beantragt hatte. Die Position war schon im 1. Nachtrag enthalten, wie auch Bedarfe anderer Schulen, die nicht so umfangreich diskutiert wurden. Zur Frage des Konrektorzimmers führt Herr Flüshöh an, dass jede andere Schule mit Ausnahme der Katholischen Grundschule Südstraße ein Konrektorzimmer habe und die Schülerzahlen hierfür erreicht werden.

Hinsichtlich Inklusion ist Herr Flüshöh der Auffassung, dass es dazu sicher ein gestuftes Verfahren geben werde und die Diskussion darüber die Politik bestimmt noch 7 bis 10 Jahre beschäftigen werde. Deswegen könne man doch aktuell bekannte notwendige Investitionen nicht verhindern.

Herr Philipp teilt mit, dass nach dem Schulentwicklungsplan 2011 die höchste Zahl der Einschulungen erreicht werde und die Zahlen anschließend wieder sinken. Des Weiteren sei die Quote der Katholischen Grundschule angestiegen. Irgendwann habe man dann ein Problem und es komme zu Auseinandersetzungen der Schulen untereinander. Dass die Schule den Antrag gestellt habe, sei vollkommen legitim. Der Rat müsse die Thematik aber im Zusammenhang sehen. Eine Begehung durch ihn habe gezeigt, dass der Zustand aller Schulen Mängel aufweise. Lt. Aussage des Herrn Niewel sei jedoch ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb möglich.

Herr Gießwein erläutert zum Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen in der gemeinsamen Sitzung, dass die Absicht, ein Gesamtkonzept aufzustellen bedeute, in die Zukunft zu schauen.

Die Mängel in den Schulen seien im Schulausschuss seit Jahren bekannt und mehrfach diskutiert worden. Die Politik müsse den Gesamtkomplex betrachten und sollte kreative Lösungen entwickeln, sobald eine Bestandsaufnahme der Mängel erfolgt sei. Auch der Schulentwicklungsplan müsse aktualisiert werden.

Herr Kranz ist der Ansicht, dass man den in der Katholischen Schule den nun bekannten Missstand kostengünstig beheben sollte und wenn Mängel anderer Schulen benannt werden, dann jeweils entscheidet.

Herr Dr. Bockelmann bringt zum Ausdruck, dass es ihm um das Gebäude der Grundschule Südstraße gehe und der Erhalt des Gebäudes gewährleistet bleiben müsse. Die energetische Ausstattung sei sehr schlecht und die Raumkapazität voll ausgeschöpft.

Er beantragt Einzelabstimmung zu den drei Punkten des Antrags der CDU-Fraktion vom 03.05.2011.

Herr Schwunk stimmt beiden Anträge zu, da sie sich nicht gegenseitig ausschließen.

Auf Nachfrage des Herrn Kampschulte, ob die Werte der Schulgebäude samt Instandhaltungskosten aus der Eröffnungsbilanz abgeleitet werden können, antwortet ihm Herr Striebeck, dass das Gutachten 2007/2008 aufgestellt worden sei und Instandhaltungsrückstellungen bis zum Jahre 2011 berücksichtige.

Bürgermeister Stobbe teilt die Feststellung aus der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und Finanzausschusses vom 19.05.2011 mit, dass der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen weitergehender sei.

Auf Grund des Antrags des Herrn Dr. Bockelmann ruft er zur Einzelabstimmung über die Punkte 1 bis 3 des Antrags der CDU-Fraktion vom 03.05.2011 mit den jeweils besprochenen Korrekturen auf.

Punkt 1 – mit folgender Änderung:

*Die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm seitens der Verwaltung veranschlagten Entgelte für die Nutzung der städtischen Sportanlagen in Höhe von bis zu 150.000 € werden mit Wirkung für das Haushaltsjahr 2011 und folgende auf **15.000 €** gesenkt.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

- angenommen -

Punkt 2:

Die Sportanlagen der Stadt Schwelm und ggf. weitere Einrichtungen sollen – soweit nicht bereits erfolgt – noch im Jahr 2011 in einen Betrieb gewerblicher Art überführt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	4

- angenommen -

Punkt 3 – mit folgender Änderung:

*Für die Sanierung bzw. Renovierung eines Klassenraums im ersten Obergeschoss der Katholischen Grundschule Südstraße werden für das Haushaltsjahr **2012** 50.000 Euro im Haushaltsplan (**2-Nachtrag**) veranschlagt und in die Prio-Liste aufgenommen.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	3

- abgelehnt -

Herr Flüshöh bittet, den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen dahingehend zu erweitern, dass sichergestellt werde, dass die Katholische Grundschule Südstraße als konfessionelle Schule in Schwelm in einem angemessenen Gebäude für sich erhalten bleibt.

Herr Weidenfeld wendet ein, dass dann alle Schulen im Sinne von „Kurze Wege, kurze Beine!“ in ihren Standortbereichen erhalten bleiben sollen.

Frau Lubitz stellt in Frage, ob sich die Stadt Schwelm die Unterhaltung einer konfessionellen Schule leisten könne.

Frau Dr. Hortolani teilt dazu ihren Kenntnisstand nach einem Gespräch mit Herrn Nievel mit, dass der Erhalt der Schule von der Entscheidung der Eltern abhängt und der Rat allenfalls eine Begrenzung regeln könne.

Bürgermeister Stobbe stellt den Antrag auf Beendigung der Debatte nach der Geschäftsordnung.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt !

Im Anschluss an weitere Redebeiträge fordert er zur Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	

- angenommen -

Bürgermeister Stobbe ruft nun zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion auf.

„Die Katholische Grundschule bleibt als 2-zügige Schule unter den bisherigen Rahmenbedingungen erhalten !“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	
	Enthaltungen:	6

- angenommen -

Herr Philipp bittet daraufhin eine Erklärung der SPD-Fraktion als Protokollnotiz aufzunehmen.

Erklärung der SPD-Fraktion zu Protokoll:

Die Möglichkeit, die katholischen Grundschüler/innen in einer zweizügigen katholischen Grundschule zu beschulen, soll erhalten bleiben.

gez. Philipp

Herr Dr. Bockelmann schließt sich der Erklärung der SPD-Fraktion an.

Herr Flüshöh bittet ebenfalls um Aufnahme einer Erklärung der CDU-Fraktion als Protokollnotiz.

Erklärung der CDU-Fraktion zu Protokoll:

Die katholische Grundschule wird als zweizügige, konfessionelle Schule in einem eigenständigen Gebäude in dem Umfang erhalten, wie sie derzeit besteht. Grundlage ist die Klassenfrequenzbandbreite von 18 bis 30 Schülern. Diesen Rahmen darf die Schule grundsätzlich ausschöpfen, soll sich aber an die bestehende Vereinbarung halten, nach der sie maximal 25 Schüler pro neuer Eingangsklasse aufnimmt. Eine Ausweitung um einen dritten Zug wird nicht angestrebt.

Herr Gießwein erklärt, dass er dann überlege zu beantragen, dass die nichtkonfessionellen Schulen möglichst an den gleichen oder ähnlichen Standorten im Stadtgebiet wie bisher im Sinne von „Kurze Wege, kurze Beine!“ erhalten bleiben.

Bürgermeister Stobbe stellt daraufhin den Antrag auf Schluss der Debatte und Vertagung der Angelegenheit in den Schulausschuss.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	2

- angenommen -

Der Bürgermeister ruft dann zur Beschlussfassung über den Antrag der FDP-Fraktion vom 11.05.2011 getrennt nach Punkten auf.

Punkt 1:

Die vorgesehenen Erhöhungen der nachfolgenden Haushaltsansätze werden wie folgt gekürzt:

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Antrag FDP
1	01.01.13.522110	Zentr. Gebäudemg., An TBS f.d. Unterhaltung des sonst. unbew. Verm.	16.600
2	01.01.13.521100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.000
3	01.01.13.524190	Sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke u. baul. Anlagen	10.000
4	02.01.08.522110	Brandschutz, An TBS f.d. Unterhalt. des sonst. unbew. Verm.	4.800
5	12.01.01.522119	Gemeindestraßen, An TBS für Winterdienst	6.800
6	12.01.02.522116	Landesstraßen, An TBS f. Unterhaltung Straßenbeleuchtung	280
7	12.01.03.522116	Bundesstraßen, An TBS f. Unterhaltung Straßenbeleuchtung	280
8	12.01.04.522116	Parkeinrichtungen, An TBS f. Unterhalt. Straßenbeleuchtung	140
9	12.01.05.522116	ÖPNV, An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung	230
10	13.01.01.521130	Öffentliche Grünflächen, An TBS für Grün- u. Baumpflege	-
			<u>49.130</u>

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	2

- abgelehnt -

Punkt 2:

Die Gewinnausschüttung der TBS unter 16.01.02.465110 wird um weitere 350.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Punkt 3:

Die Technischen Betriebe Schwelm legen den Beschlussgremien zur Beratung und Beschlussfassung ein Sanierungskonzept bis zum 31.12.2011 vor.

Dies beinhaltet eine Prozessoptimierung und Senkung der Kosten um durchschnittlich 10 % für die für die Stadt zu erledigenden Sach – und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	2

- abgelehnt -

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass damit das Abstimmungsergebnis anders laute, als die Entscheidung in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses. Die der Vorlage 084/2011/1 als Anlage beigefügte 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung beinhaltet aber das Beschlussergebnis der gemeinsamen Sitzung. Unter Zugrundelegung der Beschlussfassung des Rates ergeben sich andere Beträge.

Herr Kuss verlese daher zur allgemeinen Kenntnis die nach Beschlusslage des Rates nun zu beschließende 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung.

Herr Kuss verliest die nach vorausgehender Beschlusslage zu erlassende 2. Nachtragssatzung.

Anschließend fordert Herr Stobbe zur Beschlussfassung über Vorlage 084/2011/1 mit der zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages **geänderten** 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung auf.

Beschluss:

1. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzepts 2010 – 2017 in der Fassung des 2. Nachtrags (Stand 1. Änderungsliste) wird beschlossen. Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
2. Für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 wird unter Berücksichtigung der 1. Änderungsliste, sowie ggf. noch in der Ratssitzung am 26.05.2011 gefasster Einzelbeschlüsse, folgende 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung erlassen:

2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung

der Stadt Schwelm für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

Aufgrund des § 81 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Schwelm mit Beschluss vom 26.05.2011 folgende 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung vom 29.04.2010 erlassen:

§ 1

Mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan werden

a) für das Haushaltsjahr 2010

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge EUR	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf EUR
a) Ergebnisplan				
Erträge	50.631.998	--	--	50.631.998
Aufwendungen	63.147.688	--	--	63.147.688
b) Finanzplan				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	48.639.222	--	--	48.639.222
Auszahlungen	58.779.509	--	--	58.779.509
<u>aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	4.641.500	--	--	4.641.500
Auszahlungen	5.862.650	--	--	5.862.650

und

b) für das Haushaltsjahr 2011

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge EUR	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf EUR
--	---	-------------------------	-----------------------------	---

a) Ergebnisplan				
Erträge	50.540.904	2.105.871	--	52.646.775
Aufwendungen	62.489.089	813.450	--	63.302.539
b) Finanzplan				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	48.403.540	2.083.221	--	50.486.761
Auszahlungen	58.431.051	857.168	--	59.288.219
<u>aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	6.975.050	952.300	--	7.927.350
Auszahlungen	8.224.700	952.300	--	9.177.000

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für die Investitionen erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2010** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 399.850 EUR nicht geändert.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für die Investitionen erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2011** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 807.050 EUR um 176.950 EUR erhöht und damit auf 984.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der bisher festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2010** gegenüber der bisherigen Festsetzung von 253.300 EUR nicht geändert.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2011** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 262.900 EUR nicht geändert.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird für **2010** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 12.515.690 EUR nicht geändert

und

für **2011** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 11.948.185 EUR um 1.292.421 EUR ermäßigt und damit auf 10.655.764 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, ist für das Haushaltsjahr **2010** auf 70.000.000 EUR festgesetzt worden.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, ist für das Haushaltsjahr **2011** auf 70.000.000 EUR festgesetzt worden.

§ 6

Die Steuersätze werden nicht geändert.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

(Deckungsringe/Gegenseitige Deckungsfähigkeit)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

§ 9

(Über- u. außerplanmäßige Aufwendungen u. Auszahlungen
sowie Verpflichtungsermächtigungen)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

§ 10

(Vermerke zum Stellenplan)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

§ 11

(Wertgrenze für Investitionsmaßnahmen)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	

- angenommen -

17	Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen "K II"	102/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0174.785100 - "K II : Feuerwehrgerätehaus Linderhausen" werden überplanmäßige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 2.809,- EUR bewilligt. Die Deckung ist in voller Höhe durch entsprechende Mehreinzahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0174.681100 - "Investitionszuwendungen vom Land K II : Feuerwehrgerätehaus Linderhausen" sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

18	Fragen des Rates an die Verwaltung	
-----------	---	--

Herr Stobbe teilt mit, dass im Vorfeld zur Sitzung zwei Fragen der Fraktion B'90/Die Grünen mit der Bitte um Beantwortung in heutiger Ratssitzung eingegangen seien.

Er schlägt angesichts der fortgeschrittenen Sitzungsdauer vor, die Fragen über das Protokoll zu beantworten.

Herr Gießwein erklärt sich damit einverstanden.

Die Antworten sind dem Protokoll als Anlagen beigelegt.

Herr Rüttershoff beanstandet die an ihn gerichteten Äußerungen des Herrn Gießwein im öffentlichen Teil der Sitzung. Er lehnt es ab, von einem wesentlichen jüngeren Ratsmitglied auf diese Art und Weise reglementiert zu werden und erwartet allgemein mehr Achtung und Respekt untereinander.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 27 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 30.05.2011

Schriftführerin
gez.
Söhner

Der Bürgermeister
gez.
Stobbe